

II-2723 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates

XIV. Gesetzgebungsperiode

**DER BUNDESMINISTER
FÜR WISSENSCHAFT UND FORSCHUNG**

Zl. 10.001/18-Parl/77

Wien, am 4. August 1977

An die
Parlamentsdirektion
Parlament
1014 W I E N

1275/AB
1977-08-08
zu 1253/11

Die schriftliche parlamentarische
Anfrage Nr. 1253/J-NR/77, betreffend die Besetzung des
Ordinariats für Erziehungswissenschaft an der Universität
Innsbruck, die der Abgeordnete Dr. ERMACORA und Genossen
am 17. Juni 1977 an mich richteten, beehre ich mich wie
folgt zu beantworten:

ad 1) - 4)

Mit Schreiben vom 17. März 1976 hat der Dekan der
seinerzeitigen Philosophischen Fakultät der Universität
Innsbruck dem Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung
einen nicht näher gezeichneten Artikel einer "Arbeitsgruppe
Berufungsverfahren der Studentenvertretung am Institut
für Erziehungswissenschaft" in der Zeitschrift "erziehung
heute" zur Kenntnis gebracht und die Ausübung des Aufsichts-
rechtes des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung
angesprochen. Mit Erlaß des Bundesministeriums für Wissenschaft
und Forschung vom 28. April 1976 wurden zur Wahrung des
Parteiengehörs alle in dem Schreiben des Dekans Genannten,
nämlich die Studierenden Astrid ZIMMERMANN, Dr. Erwin
NIEDERWIESER, Evi LAIMER und Benno ERHARD, um Stellungnahme
zu den gegen sie erhobenen Vorwürfen ersucht. Diese dem
Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung übermittelte
Stellungnahme wurde dem Dekanat der Geisteswissenschaftlichen
Fakultät der Universität Innsbruck zur Kenntnisnahme übermittelt;
seitens der Fakultät erfolgten aber bisher keine Reaktionen.
Dieses Verhalten des zuständigen Organes der Universität
Innsbruck sowie auf Grund der Tatsache, daß - wie bereits
in Beantwortung der schriftlichen parlamentarischen Anfrage,
Nr. 1109/J-NR/77 (II-2362 der Beilagen zu den stenographischen
Protokollen des Nationalrates XIV. GP) ausgeführt wurde -

- 2 -

die genannten Studentenvertreter Evi LAIMER und Benedikt ERHARD erst seit Februar 1976 Mitglieder der Berufungskommission waren und nachweislich bis zur Abgabe des Besetzungsvorschlages an keiner einzigen Sitzung der Berufungskommission teilgenommen haben, bestand für das Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung daher kein Anlaß zu weiteren Maßnahmen.

ad 5)

Eine derartige Überprüfung erscheint im Hinblick auf die umfangreiche Materiallage und die Größe des Personenkreises unzweckmäßig, umso mehr, als erfahrungsgemäß derartige Überprüfungen in der Regel ergebnislos verlaufen.

